

Brussels, 25 March 2010

**STATEMENT BY THE HEADS OF STATE AND GOVERNMENT  
OF THE EURO AREA**

We reaffirm that all euro area members must conduct sound national policies in line with the agreed rules and should be aware of their shared responsibility for the economic and financial stability in the area.

We fully support the efforts of the Greek government and welcome the additional measures announced on 3 March which are sufficient to safeguard the 2010 budgetary targets. We recognize that the Greek authorities have taken ambitious and decisive action which should allow Greece to regain the full confidence of the markets.

The consolidation measures taken by Greece are an important contribution to enhancing fiscal sustainability and market confidence. The Greek government has not requested any financial support. Consequently, today no decision has been taken to activate the below mentioned mechanism.

In this context, Euro area member states reaffirm their willingness to take determined and coordinated action, if needed, to safeguard financial stability in the euro area as a whole, as decided the 11th of February.

As part of a package involving substantial International Monetary Fund financing and a majority of European financing, Euro area member states, are ready to contribute to coordinated bilateral loans.

This mechanism, complementing International Monetary Fund financing, has to be considered ultima ratio, meaning in particular that market financing is insufficient. Any disbursement on the bilateral loans would be decided by the euro area member states by unanimity subject to strong conditionality and based on an assessment by the European Commission and the European Central Bank. We expect Euro-Member states to participate on the basis of their respective ECB capital key.

The objective of this mechanism will not be to provide financing at average euro area interest rates, but to set incentives to return to market financing as soon as possible by risk adequate pricing. Interest rates will be non-concessional, i.e. not contain any subsidy element. Decisions under this mechanism will be taken in full consistency with the Treaty framework and national laws.

We reaffirm our commitment to implement policies aimed at restoring strong, sustainable and stable growth in order to foster job creation and social cohesion.

Furthermore, we commit to promote a strong coordination of economic policies in Europe. We consider that the European Council must improve the economic governance of the European Union and we propose to increase its role in economic coordination and the definition of the European Union growth strategy.

The current situation demonstrates the need to strengthen and complement the existing framework to ensure fiscal sustainability in the euro zone and enhance its capacity to act in times of crises.

For the future, surveillance of economic and budgetary risks and the instruments for their prevention, including the Excessive Deficit Procedure, must be strengthened. Moreover, we need a robust framework for crisis resolution respecting the principle of member states' own budgetary responsibility.

We ask the President of the European Council to establish, in cooperation with the Commission, a task force with representatives of Member States, the rotating presidency and the ECB, to present to the Council, before the end of this year, the measures needed to reach this aim, exploring all options to reinforce the legal framework.

---

Brüssel, den 25. März 2010

## **ERKLÄRUNG DER STAATS- UND REGIERUNGSCHEFS DER MITGLIEDSTAATEN DES EURO-WÄHRUNGSGEBIETS**

Wir bekräftigen, dass alle Mitglieder des Euro-Währungsgebiets eine solide nationale Politik im Einklang mit den vereinbarten Regeln verfolgen und sich ihrer gemeinsamen Verantwortung für die wirtschaftliche und finanzielle Stabilität in diesem Währungsgebiet bewusst sein müssen.

Wir unterstützen in vollem Umfang die Anstrengungen der griechischen Regierung und begrüßen die am 3. März 2010 angekündigten zusätzlichen Maßnahmen, die zur Sicherung der Haushaltsziele für 2010 ausreichen. Wir erkennen an, dass die griechischen Behörden ehrgeizige und entschlossene Maßnahmen ergriffen haben, die es Griechenland erlauben dürften, das volle Vertrauen der Märkte zurückzugewinnen.

Die von Griechenland getroffenen Konsolidierungsmaßnahmen sind ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Tragfähigkeit seiner öffentlichen Finanzen und zur Verstärkung des Vertrauens der Märkte. Die griechische Regierung hat keine finanzielle Unterstützung beantragt. Infolgedessen ist heute keine Entscheidung zur Aktivierung des nachstehend genannten Mechanismus getroffen worden.

Die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets bekräftigen in diesem Zusammenhang ihre Bereitschaft, bei Bedarf entschieden und koordiniert zu handeln, um die finanzielle Stabilität im gesamten Euro-Währungsgebiet zu sichern, wie dies auch am 11. Februar 2010 beschlossen wurde.

Die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets sind bereit, im Rahmen eines Pakets, das eine erhebliche Finanzierung durch den Internationalen Währungsfonds und einen Mehrheitsanteil aus europäischen Finanzmitteln umfasst, zu koordinierten bilateralen Darlehen beizutragen.

Dieser Mechanismus, der die Finanzierung durch den Internationalen Währungsfonds ergänzt, ist als Ultima Ratio zu betrachten, was insbesondere bedeutet, dass die Finanzierung über den Markt nicht ausreicht. Jede Auszahlung aus den bilateralen Darlehen wäre von den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets einstimmig zu beschließen und müsste dabei an strenge Bedingungen geknüpft und auf eine Beurteilung durch die Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank gestützt werden. Wir erwarten, dass sich die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets auf der Grundlage ihres jeweiligen EZB-Kapitalschlüssels beteiligen.

Das Ziel dieses Mechanismus wird nicht darin bestehen, Finanzmittel zu durchschnittlichen Zinssätzen des Euro-Währungsgebiets bereitzustellen, sondern darin, Anreize für eine schnellstmögliche Rückkehr an den Finanzmarkt zu risikogerechten Preisen zu setzen. Die Zinssätze werden nichtkonzessionär sein, d.h. sie werden kein Subventionselement enthalten. Beschlüsse im Rahmen dieses Mechanismus werden in voller Übereinstimmung mit dem Vertragsrahmen und den nationalen Rechtsvorschriften gefasst.

Wir bekräftigen unsere Entschlossenheit, politische Maßnahmen durchzuführen, die darauf abzielen, ein starkes, nachhaltiges und stabiles Wachstum wiederherzustellen, um die Schaffung von Arbeitsplätzen und den sozialen Zusammenhalt zu fördern.

Wir sagen ferner zu, eine enge Koordinierung der Wirtschaftspolitiken in Europa zu fördern. Wir sind der Ansicht, dass der Europäische Rat die wirtschaftspolitische Steuerung der Europäischen Union verbessern muss und schlagen vor, seine Rolle bei der wirtschaftlichen Koordinierung und der Festlegung der Wachstumsstrategie der Europäischen Union auszubauen.

Die gegenwärtige Lage zeigt deutlich, dass es notwendig ist, den bestehenden Rahmen zu stärken und zu ergänzen, damit die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen im Euro-Währungsgebiet gewährleistet und dessen Handlungsfähigkeit in Krisensituationen verbessert wird.

Künftig müssen die Überwachung von wirtschaftlichen Risiken und Haushaltsrisiken und die Instrumente zu deren Prävention, darunter das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit, verstärkt werden. Darüber hinaus benötigen wir einen soliden Rahmen zur Krisenbewältigung, der dem Grundsatz der eigenen Haushaltszuständigkeit der Mitgliedstaaten Rechnung trägt.

Wir ersuchen den Präsidenten des Europäischen Rates, in Zusammenarbeit mit der Kommission eine aus Vertretern der Mitgliedstaaten, dem turnusmäßig wechselnden Vorsitz und der EZB bestehende Task Force einzusetzen, die dem Rat vor Ende dieses Jahres die zur Erreichung dieses Ziels erforderlichen Maßnahmen unterbreitet und dabei alle Möglichkeiten zur Stärkung des Rechtsrahmens sondiert.